

**EICHMANN (II)** Ein Hinweis aus Frankfurt führte den Mossad auf die Spur von Adolf Eichmann. 1960 entführte der Geheimdienst den Cheflogistiker des Holocaust aus Argentinien nach Israel. Kanzler Konrad Adenauer wurde von der Festnahme überrascht. Würde Eichmann Minister und Beamte Bonn belasten?

Der BND sollte herausfinden, was der Gefangene über „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik“ wusste. Und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß drohte den Israelis, wenn sie Bonn in dem Eichmann-Prozess nicht schonen, würden wichtige Waffengeschäfte platzen.

ZEITGESCHICHTE

# Der Fluch der bösen Tat

Die Angst vor Adolf Eichmann. Von Klaus Wiegrefe

Der Prozess gegen Adolf Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht war ein Weltereignis. Ein US-Kamerateam filmte im Gerichtssaal, einem umgebauten Theater. Hunderte Journalisten verfolgten in den Sitzreihen im Parkett und auf den Rängen oder im Pressesaal vor Bildschirmen die Auftritte der Zeugen, die von Erschießungskommandos und Gaskammern berichteten.

Vorn links, in einer Zelle aus Panzerglas, saß Eichmann, der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Cheflogistiker des Holocaust.

Unter den Reportern hatte auch ein korpulenter Deutscher mit rundem Gesicht Platz genommen. Rolf Vogel war als Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ aus Köln akkreditiert, einer Wirtschaftszei-

tung, die später vom „Handelsblatt“ geschluckt wurde. Tatsächlich aber verfolgte der BND-Mann das Verfahren im Auftrag des Bonner Kanzleramts, das sich keinen loyaleren Agenten wünschen konnte.

Die Nazis hatten Vogel, den Sohn eines Katholiken, als „Halbjuden“ eingestuft; seine Mutter wurde nach Theresienstadt verschleppt, er selbst aus der Wehrmacht ausgestoßen. Dass er die „furchtbare Zeit“ (Vogel) dennoch überlebte, führte der Berliner auf Kanzleramtschef Hans Globke zurück, den wichtigsten und zugleich umstrittensten Mitarbeiter Konrad Adenauers.

Der erzkatholische Globke hatte als Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium 1936 die perfiden Nürnberger Rassengesetze kommentiert – und an der Dis-

kriminierung der Juden nichts auszusetzen gehabt. Für sogenannte Mischlinge wie Vogel allerdings war Globkes Kommentar durchaus hilfreich, weil sie so bessergestellt wurden als ursprünglich von radikalen Nazis vorgesehen. Dafür war ihm der BND-Mann zeitlebens dankbar.

Der Reserveoffizier der Bundeswehr mit der schwarzen Brille hatte bereits mehrere heikle Missionen für Globke übernommen. So fädelte er das erste Waffengeschäft mit Israel ein und beschaffte der Bundeswehr Uzi-Maschinenpistolen.

Nun sollte er versuchen, den Eichmann-Prozess zu beeinflussen, für 2000 Mark Pauschale im Monat plus Tagegeld, Spesen und Erste-Klasse-Flüge, bezahlt aus dem Etat des Bundespresseamts. Es war Kanzler Adenauer persönlich, der



Mossad-Observationsfotos von Eichmann vor seinem Haus in Argentinien 1960: Der Agent ließ den Motor aufheulen, um Kampfgeräusche



Partner Ben-Gurion, Adenauer 1960: „Das war ausgezeichnet, das werde ich nie vergessen“

Vogel geschickt hatte: „Sie müssen für mich zum Eichmann-Prozess gehen.“

Und Vogel half gern. Er fütterte die israelischen Staatsanwälte mit entlastendem Material zu Globke. Er setzte alles daran, dass die Anklage auf Eichmann beschränkt blieb und die Israelis nicht vor der Weltöffentlichkeit die Mittäterschaft der vielen Deutschen thematisierten. Gemeinsam mit einem Journalisten der „Bild“-Zeitung klatzte er in Jerusalem sogar die Dokumente eines DDR-Anwalts, der versuchte, den Eichmann-Prozess für die DDR propagandistisch auszuschlachten. Vogel fürchtete, die Papiere könnten westdeutsche Politiker oder Beamte belasten.

Der BND-Mann sei ein „Hansdampf in allen Gassen“ gewesen, erinnert sich

Manfred Baden, 88. Globkes persönlicher Referent im Palais Schaumburg in Bonn wertete damals die BND-Berichte aus, die bei seinem Chef einliefen, auch die von Vogel aus Jerusalem.

Der Vogel-Einsatz war Teil einer der heikelsten diplomatischen und geheimdienstlichen Operationen in der Geschichte der alten Bundesrepublik. Aus Sicht der Bundesregierung ging es um nichts weniger als das Ansehen der Deutschen in der Welt und – damit verbunden – vielleicht sogar um das Überleben des Landes.

Im Mai 1960 hatte Israel gegen Eichmann Haftbefehl erlassen, im April 1961 begann der Prozess, im Dezember 1961 verkündete das Jerusalemer Gericht seinen Schuldspruch, im Mai 1962 bestä-

tigte der Oberste Gerichtshof das Todesurteil.

In diesen gut 24 Monaten wurde nicht nur in Berlin die Mauer gebaut. In Kuba landeten CIA-Truppen, um Fidel Castro zu stürzen, die Sowjets standen kurz davor, Atomraketen auf der Karibikinsel zu stationieren.

Die Menschen mussten befürchten, dass der Kalte Krieg jederzeit in einen heißen Waffengang umschlagen konnte. Doch welcher Verbündete würde noch (West-)Berlin verteidigen, so fragten sich viele in Bonn, wenn im Eichmann-Prozess der Eindruck entstand, die Bundesrepublik sei ein Hort der Unverbesserlichen?

Zumal die Propaganda-Experten der DDR mal mit berechtigten, mal mit falschen Vorwürfen die Stimmung gegen Globke schürten.

Heute wird die Zahl der deutschen und österreichischen Täter, die am Holocaust beteiligt waren, auf über 200 000 geschätzt. Nur ein kleiner Teil davon war damals bereits bestraft worden, und so wirkte es wie ein Fluch der bösen Tat, dass sich nun in Bonn die Angst breitmachte.

Als ein US-General mit CIA-Anbindung dem Kanzler Hilfe anbot, „die Auswirkungen des Prozesses abzuschwächen“, erklärte Adenauer laut BND-Unterlagen, er sei „sehr stark an dieser Gegenwirkung interessiert“.

Auch das Auswärtige Amt fürchtete die Folgen des Verfahrens. Der Eichmann-Prozess werde „all jenen Kräften im Ausland Auftrieb geben, die Deutschland und der Bundesrepublik mit Misstrauen oder Missgunst gegenüberstehen“, notierte Außenminister Heinrich von Brentano, der sich wie Adenauer in der Nazi-Zeit nichts hatte zuschulden kommen lassen.

Aber nun schrieb er an den Kanzler: „Wir werden uns aus Anlass dieses schaurigen Prozesses eindeutig von diesen Verbrechen distanzieren müssen.“

Die Betonung lag auf dem Wort „müssen“. Die Aufklärung des Holocaust und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit standen nachweislich auf der Prioritätenliste der CDU/CSU-Regierung ganz weit unten.

Dabei war der entscheidende Tipp zur Festnahme Eichmanns in Argentinien aus der Bundesrepublik selbst gekommen, aus Hessen.

Die Tochter eines aus dem „Dritten Reich“ nach Argentinien geflohenen Juden hatte sich durch Zufall mit einem Sohn Eichmanns angefreundet. 1957 schrieb der Emigrant an den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in Frankfurt am Main und meldete, wo der NS-Verbrecher unter falschem Namen in Buenos Aires wohnte.

Der jüdische Sozialdemokrat Bauer war einst selbst vor den Nazis geflohen. Er wollte Eichmann ausliefern lassen,



FOTOS: ZVI AHARONI

zu übertönen

traute aber den deutschen Behörden nicht. Bauer fragte daher beim US-Konsulat in Frankfurt an, ob die Amerikaner helfen würden, die Auslieferung eines „nachgewiesenen NS-Verbrechers“ aus einem anderen Land zu erwirken. Doch der zuständige US-Beamte verstand nicht, auf wen die kryptische Anfrage zielte, und blieb untätig.

Ein israelischer Diplomat war eher interessiert und informierte den Mossad. Doch der hatte lange Zweifel an Bauers Angaben. Ein erster Kundschafter des Mossad fuhr an Eichmanns Haus in Buenos Aires vorbei, konnte sich aber nicht vorstellen, dass der einst so mächtige Holocaust-Organisator so ärmlich wohnte. Einem zweiten Abgesandten des Mossad erging es ähnlich.

Als Bauer insistierte, schickte der Mossad schließlich einen dritten Mann, der als besonders fähiger Ermittler galt.

Doch die Eichmanns waren wenige Wochen zuvor umgezogen. Eichmann hatte das neue Haus selbst gemauert, einen tristen Ziegelbau abseits der Hauptstraße. Schließlich waren es Handwerker, von denen die Israelis entscheidende Hinweise auf seine neue Adresse bekamen. Am 19. März beobachtete der israelische Ermittler, wie der ehemalige SS-Obersturmbannführer vor dem Haus Wäsche abhängte.

Fünf Wochen später trafen die ersten Mitglieder des insgesamt zehnköpfigen Mossad-Teams in Buenos Aires ein, das Eichmann entführen sollte. Tagelang observierten die Agenten den Mercedes-Angestellten, um seine Gewohnheiten herauszufinden.

Am Abend des 11. Mai 1960 schließlich war es so weit. Eichmann stieg wie immer gegen 20 Uhr aus dem Bus, mit dem er von der Arbeit kam, und bog in die Seitenstraße ein, die zu seinem Haus führte. Als er nur noch fünf Meter von dem Wagen mit den vier wartenden Agenten entfernt war, ließ der Mann auf dem Fahrersitz den Motor aufheulen. Der Lärm sollte mögliche Kampfgeräusche übertönen. Eine berechtigte Vorsichtsmaßnahme, denn Eichmann brüllte, schlug und trat um sich, als ihn die Israelis überwältigten und in ihren Buick zerrten. Dann rasten sie davon.

Der Gefangene wurde einige Tage in dem umgebauten Schlafzimmer einer Villa versteckt. Dann musste er eine Uniform der israelischen Fluglinie El-Al anziehen, damit er so aussah wie ein Steuard. Die Entführer setzten ihn unter Drogen und fuhren zum Flughafen. Dort wartete eine Sondermaschine der El-Al,

mit der eine israelische Delegation aus Anlass des argentinischen Nationalfeiertags nach Buenos Aires geflogen war. Die Agenten taten so, als wäre Eichmann ein betrunkenes Mitglied der Crew, hakten ihn unter und brachten ihn an Bord.

Der Leiter der Lufthansa-Vertretung in Buenos Aires beobachtete die Szene vom Flughafengebäude aus und fand sie merkwürdig. Die Maschine sei von einer „ungewöhnlich großen Menschenmenge umgeben gewesen“, erinnerte er sich später. Aber die Entführer blieben ungestört.

Am 22. Mai traf Eichmann in Tel Aviv ein und wurde in ein abseits gelegenes Gefängnis gebracht. Der deutsche Staatsanwalt Bauer, der den Tipp gegeben hatte, wurde vorab vom Erfolg der Mission informiert.



Politiker Ben-Gurion, Agent Vogel 1961: „Furchtbare Zeit“

Für die Regierung Adenauer hingegen kam die Verhaftung völlig überraschend. In Bonn war die Sorge nun groß, Eichmanns Aussagen könnten westdeutsche Politiker oder Behörden belasten.

Am 6. Juli notierte ein Referent einer „Koordinierungsbesprechung im Bundeskanzleramt“, die Bundesregierung müsse deutlich machen, „dass Eichmann als Handlanger des SS-Apparates Himmlers tätig geworden (sei) und nicht als Beauftragter des damaligen Deutschen Reiches“. Dann sei es unmöglich, westdeutsche Beamte mit NS-Vergangenheit „mit den Untaten Eichmanns“ in Zusammenhang zu bringen.

Ein Beamter des Auswärtigen Amts wollte verhindern, dass „führende Persönlichkeiten der Bundesrepublik“ belastet würden. Deshalb müsse man belegen, dass nur ein „kleiner Kreis von Personen“

den Holocaust durchgeführt habe und alle die, die „nicht unmittelbar beteiligt waren, keine Kenntnis haben konnten“.

Auch die Finanzierung der Verteidiger Eichmanns schien ein Problem zu sein. Was, wenn der Ostblock einspringen würde, um Einfluss auszuüben? Da schien es doch sinnvoller zu sein, wenn das Auswärtige Amt die Kosten übernehmen würde – um so womöglich seinerseits auf die Verteidigung einwirken zu können.

Um Parlament und Öffentlichkeit nicht zu alarmieren, riet das Amt dem Anwalt Eichmanns, „möglichst diskret“ einen Antrag auf Kostenübernahme zu stellen. Hans Rechenberg (BND-V-Mann 7396) sollte sich um die Zwischenfinanzierung kümmern. Mit Nazis hatte er Erfahrung. In der NS-Zeit diente Rechenberg Hitlers Wirtschaftsminister Walther Funk als Pressereferent.

Rechenberg verhandelte bereits mit einem Frankfurter Bankhaus über einen Kredit über 100 000 Mark für Eichmanns Verteidigung, als der SPIEGEL berichtete, dass die Bundesregierung Eichmanns Anwälte bezahlen wollte. Außenminister Brentano blies das Projekt ab. Am Ende übernahmen die Israelis das Honorar.

Das Verhalten der Bundesregierung in der Eichmann-Affäre offenbart eine Mentalität, die erklärt, warum die politische und juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik so kraftlos betrieben wurde. Der Aufwand, mit dem der Regierungsapparat versuchte, die Folgen der Eichmann-Verhaftung zu bewältigen, war ungleich größer.

Im Bundespräsidialamt gewann man den Eindruck, dass sich im Auswärtigen Amt allein zwei Referate ausschließlich mit Eichmann beschäftigten.

Der „Ausschuss der Staatssekretäre für Fragen des Geheimnisses“ – Vorsitz: Globke – richtete sogar eine interministerielle Arbeitsgruppe ein. Das Auswärtige Amt war vertreten, das Innen- und das Justizministerium, das Verteidigungsministerium, das Kanzleramt, BND und Verfassungsschutz, das Münchner Institut für Zeitgeschichte.

Die Runde sollte geheim bleiben. Sie sollte die Bonner Eichmann-Politik orchestrieren und vor allem überprüfen, ob alle Deutschen, die im Eichmann-Verfahren belastet wurden, nach 1945 belangt worden waren. Es ging darum, „aufkommende Vorwürfe“ abzuwehren, Bonn habe NS-Verbrecher geschont.

Die Federführung übernahm Hans Gawlik vom Auswärtigen Amt, NSDAP-Mitglied seit 1933 und während des Krieges Staatsanwalt in Breslau. In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen hatte er diverse SS-Größen verteidigt.

Später stellte sich heraus, dass der harmlos wirkende, etwas schwerhörige Gawlik nach seinem Eintritt ins Amt deutsche Kriegsverbrecher vor Reisen ins Aus-

land gewarnt hatte, wenn sie dort in Abwesenheit verurteilt worden waren und nun fürchten mussten, verhaftet zu werden (SPIEGEL 16/1968).

Vertreter des Verfassungsschutzes war Lorenz Bessel-Lorck. Vor seiner Zeit beim Verfassungsschutz hatte der Jurist als Staatsanwalt in Flensburg dazu beigetragen, dass ein früherer Euthanasie-Arzt unter Decknamen weiter praktizieren konnte. Dieser Mediziner war mitverantwortlich für den Mord an über 100.000 Kranken und Behinderten.

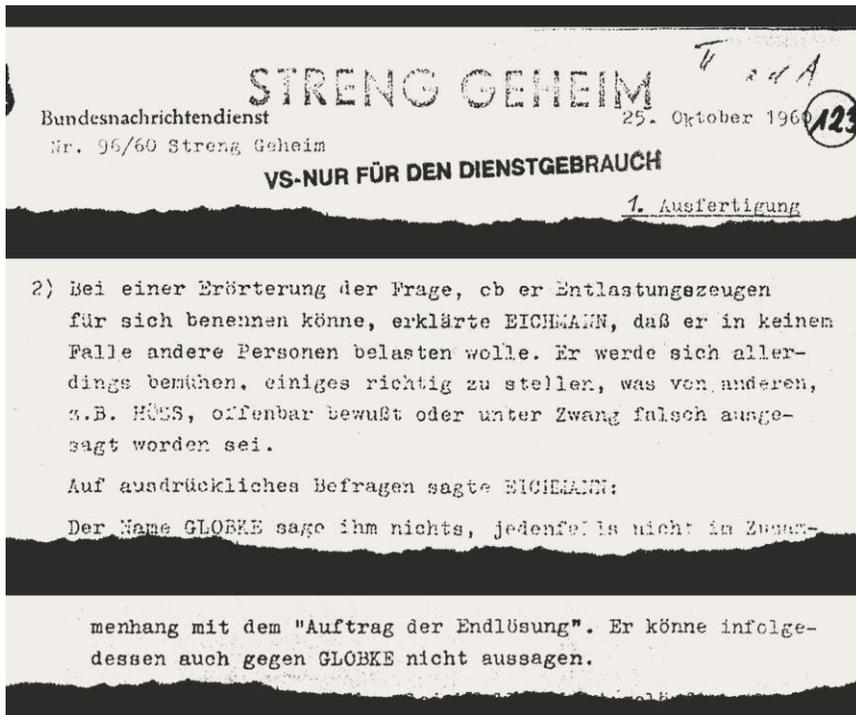
Ernsthaft erwog die Runde, den Opfern von NS-Verbrechen eine Mitschuld zuzuschreiben. Ein Vertreter des Justizministeriums sollte Unterlagen beschaffen, aus denen hervorgehe, „dass ein großer Teil

nichtjüdische politische Häftlinge seien „wirklich Gegner oder mindestens Kritiker des Regimes“ gewesen, weil sie freiwillig opponiert hätten. Jüdische KZ-Häftlinge wären ja ohnehin umgebracht worden, „ganz unabhängig vom individuellen Verhalten“. Ein nichtjüdischer Widerständler, so Buchheims absurde Logik, war demnach sehr viel mehr wert als ein jüdischer.

Die Beamten um Gawlik erwogen auch andere Möglichkeiten der Einflussnahme. Bonner Diplomaten hatten festgestellt, dass einer der Richter Eichmanns und der Deutschland-Referent im israelischen Außenministerium Anträge auf Wiedergutmachung gestellt hatten, die noch nicht oder abschlägig beschieden worden war-

weitgehend auch an persönlichem Benehmen“ fehle. War Vogel anderer Meinung, drohte er offenbar „mit Strafanzeigen, der Einleitung von Disziplinarverfahren, mit Zeitungsartikeln“, und zwar „alles unter Hinweis auf seine engen Beziehungen zum Herrn Kanzler“.

Die Bonner Abgesandten hatten eigentlich nur die Aufgabe, den Prozess zu verfolgen. Doch natürlich verbreiteten einige von ihnen apologetische Thesen unter Journalisten, Diplomaten und den israelischen Staatsanwälten. Sie rechneten die Zahl der Täter herunter oder behaupteten wider besseres Wissen, dass es vor der sogenannten Reichskristallnacht 1938 im „Dritten Reich“ keine wilden antisemitischen Ausschreitungen gegeben habe.



**Eichmann-Akte des BND, NS-Jurist Globke 1940:** Es ging um nichts weniger als das Ansehen der Deutschen in der Welt

des Bewachungspersonals in Konzentrationslagern außerhalb des Reichs aus Esten, Litauern, Polen, Ukrainern und auch Juden bestand“ – als ob diese Menschen sich aus freien Stücken zum KZ-Dienst gemeldet und nicht in deutschem Auftrag gehandelt hätten.

Der Historiker Hans Buchheim vom Institut für Zeitgeschichte verfasste Kurzgutachten und beschäftigte sich beispielsweise mit der Frage: „Wie viele Deutsche nichtjüdischer Abstammung wurden vom nationalsozialistischen Regime verfolgt?“ Antwort Buchheims: In den KZ betrug ihr Anteil während des Krieges maximal fünf Prozent.

Das mache „natürlich als Zahlenangabe keinen sonderlichen Eindruck“, schrieb der Wissenschaftler an Gawlik und ersann ein perfides Hilfsargument, um die Bedeutung der kleinen Zahl zu erhöhen. Buchheim behauptete, nur

ren. Das Auswärtige Amt empfand diese Situation als „besonders unangenehm“ und drängte beim Innen- und beim Justizministerium darauf, guten Willen zu zeigen.

Die Eichmann-AG verfügte über eine Standleitung nach Jerusalem, denn neben BND-Mann Vogel waren auch ein Vertreter des Bundespresseamts und eine mehrköpfige Beobachterdelegation des Auswärtigen Amts angereist.

Die Deutschen hatten sich schon bald völlig zerstritten. In ihren Berichten an die Bonner Regierungszentrale warfen sie sich gegenseitig „übersteigenden Ehrgeiz“ oder exzessiven Alkoholkonsum vor. Offenbar war der Delegationsleiter mehrfach so betrunken, dass er vom Oberkellner aufs Zimmer getragen werden musste.

Über BND-Mann Vogel wiederum berichteten Kollegen aus dem Auswärtigen Amt, dass es ihm „an Schulbildung und

Klaus Bölling, später Regierungssprecher von Helmut Schmidt, berichtete damals als Korrespondent für den WDR über den Prozess. Die Auftritte der Bonner Abgesandten, sagt er, hätten teilweise einen „verheerenden Eindruck“ hinterlassen.

Es war ja auch ein hoffnungsloses Unterfangen. Bonns Repräsentanten versuchten, die Korrespondenten davon zu überzeugen, dass schlimme Gräueltaten nicht nur von Deutschen, sondern auch von Balten und anderen begangen worden seien.

Und dann hörten dieselben Korrespondenten, wie im Gerichtssaal ein Vater von dem Moment erzählt, als er in Auschwitz seine dreijährige Tochter das letzte Mal sah. Sie stand in der Schlange vor der Gaskammer, und das Rot ihres Mantels wurde immer kleiner.

Zuschauer weinten. Und Staatsanwalt Gabriel Bach blätterte minutenlang in sei-

nen Papieren, um die Selbstbeherrschung wiederzugewinnen. Er hatte zwei Wochen vor dem Prozess seiner kleinen Tochter einen roten Mantel gekauft. Zum Glück für die Deutschen sahen die israelischen Gastgeber über viele Taktlosigkeiten hinweg.

So war die Lage 1960/61: Israel stellte Eichmann vor Gericht, um die eigene Jugend und die Weltöffentlichkeit aufzurütteln. Das Jahrhundertverbrechen hatte in den Nürnberger Prozessen nur am Rande eine Rolle gespielt und drohte 15 Jahre nach Kriegsende der Vergessenheit anheimzufallen.

Und die Bundesregierung versuchte den Eindruck zu erwecken, der Holocaust sei kein Thema mehr.

Kanzler Adenauer griff dafür sogar auf den BND zurück. Die Akten des Geheimdienstes zu Eichmann umfassen über 3000 Seiten. Dem SPIEGEL liegt ein Großteil vor, und die Papiere belegen, mit welchem Aufwand der BND daran ging, Bonns Ansehen zu retten.

So überprüfte der Dienst westdeutsche Journalisten wie Bölling, die aus Jerusalem berichteten. Er interessierte sich für eine Eichmann-Ausstellung in München, weil dort Globke eine Rolle spielte. Er versuchte, einen zweifelhafte Zeugen zu beeinflussen, weil der Mann – ehemaliges Mitglied der deutschen Militärverwaltung in Griechenland – Globke beschuldigte, an der Deportation griechischer Juden mitgewirkt zu haben. Pullach stellte ihm einen Job in Aussicht, natürlich nur als „kameradschaftliche Hilfe“. Und natürlich gegen eine Schweigeverpflichtung. Doch der lehnte ab.

Der Dienst sollte vor allem herausfinden, was Eichmann über „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik, tätige oder ehemalige Mitarbeiter des eigenen Dienstes“ aussagte – oder ausgesagt hatte.

Der Geheimdienst hatte mitbekommen, dass der spätere Angeklagte noch in Argentinien zwei Journalisten umfangreiche Interviews gegeben hatte.

Monatelang versuchten V-Leute und Mitarbeiter des BND, an das Transkript heranzukommen. Dabei hatte schon wenige Wochen nach der Entführung Eichmanns das Magazin „Life“ das Rennen gemacht. Als der BND schließlich davon erfuhr, fühlte ein hochrangiger BND-Mann bei einem CIA-Kollegen vor, ob es hilfreich sein könne, wenn die Bundesregierung in Washington vorspreche, damit die US-Administration eine Veröffentlichung „unterdrückte“.

Die CIA riet ab: Nicht einmal die US-Regierung könne so etwas bewirken. Die Amerikaner hatten offensichtlich ein anderes Verhältnis zum hohen Gut der Pressefreiheit in einem freien Land.

In der ersten Oktoberhälfte 1960 gelang es dem Dienst immerhin, an den damals



GETTY IMAGES

## Eichmann in Jerusalem

### 22. Mai 1960

Der aus Argentinien entführte Eichmann trifft in Israel ein. Die Sondereinheit „Polizeibüro 06“ übernimmt die Ermittlungen. Eichmann wird insgesamt 275 Stunden verhört.

### 22. November 1960

Da kein israelischer Anwalt bereit ist, Eichmann zu verteidigen, eröffnet Israel ausländischen Anwälten den Zugang zu israelischen Gerichten. Robert Servatius und Dieter Wechtenbruch übernehmen die Verteidigung.

### 21. Februar 1961

Generalstaatsanwalt Gideon Hausner klagt Eichmann in 15 Punkten vor dem Bezirksgericht in Jerusalem an, darunter wegen Mordes an Millionen Juden und der Deportation von 500 000 Polen. Die Anklage basiert auf dem israelischen Gesetz über Nazis und Nazi-Kollaborateure von 1950.

### 11. April bis 14. August 1961

In der mündlichen Verhandlung werden gut hundert Zeugen gehört. Das Kreuzverhör Eichmanns dauert über vier Wochen.

### 11./15. Dezember 1961

Eichmann wird zum Tode verurteilt. Verteidiger Servatius beantragt später Berufung.

### 29. Mai 1962

Das Oberste Gericht Israels bestätigt in der Berufungsverhandlung das Urteil. Eichmann bittet Israels Präsident Jizchak Ben-Zwi um Gnade.

### 31. Mai 1962

Ben-Zwi lehnt das Gnadengesuch ab. Eichmann wird in der Nacht zum 1. Juni hingerichtet.

berühmtesten Häftling der Welt heranzukommen.

Eichmann belegte die einzige Zelle in einem besonders gesicherten Polizeigebäude bei Haifa, das noch von den britischen Kolonialherren errichtet worden war. Damit er sich nicht das Leben nahm, ersetzten seine Bewacher die Gläser seiner Brille durch Kunststofflinsen und ließen ihn zweimal am Tag von Ärzten untersuchen.

Eine BND-Quelle berichtete detailliert über den ersten Besuch von Eichmanns Verteidigerteam. Von den Sicherheitsmaßnahmen („Stacheldraht und Wachposten“) über die Leibesvisitation der Besucher („oberflächlich“), die Dauer des Gesprächs („2 ½ Stunden“) bis hin zu Eichmanns Verfassung („aufrecht, geistig rege, selbstbewusst und nicht verängstigt oder verschüchtert“).

Das Gespräch mit den Anwälten fand in einem Raum statt, der durch eine Wand aus Glas und Pressstoff geteilt wurde. Eichmann saß dahinter. Durch den Pressstoff verliefen die Leitungen für Kopfhörer und Mikrofone. „Augenzwinkernd“ habe der Häftling deutlich gemacht, dass er glaube, das Gespräch werde aufgezeichnet.

Der Dienst kannte bald Eichmanns Aussagen gegenüber den israelischen Vernehmern, seine Briefe an seinen Bruder Robert in Linz, die Gespräche mit seinen Anwälten, sogar deren Telegrammverkehr untereinander.

Als Eichmann in einem seiner ausschweifenden Briefe freundliche Sätze über die Sowjetunion einfließen ließ („Aus dem Osten kommt das Licht“), witterte der BND „eine Weltsensation ersten Ranges“. Der frühere SS-Mann war offenbar zum Kommunisten geworden. Was für ein Triumph im Propagandakrieg mit dem Osten!

Doch weder amerikanische noch französische Blätter wollten über den vermeintlichen Scoop berichten. Am Ende druckte die Münchner „Abendzeitung“ einen Artikel.

Dabei lag die wichtigste Erkenntnis dem BND bereits am 25. Oktober 1960 vor. In einem „streng geheimen“ Vermerk hielt der Dienst fest, Eichmann habe auf ausdrückliches Befragen seinen Vernehmern erklärt, der Name Globke „sage ihm nichts, jedenfalls nichts im Zusammenhang mit dem ‚Auftrag der Endlösung‘. Er könne infolgedessen auch gegen Globke nicht aussagen“.

Später gewann Pullach den Eindruck, Eichmann verfolge die „gutgemeinte Absicht“, in Freiheit lebende Personen „nicht zu gefährden“. Die BND-Zentrale glaubte allerdings nicht, dass er diese Position durchhalten würde.

Im Februar 1961, zwei Monate vor Prozessbeginn, schaltete sich schließlich der Kanzler ein. Adenauer stellte BND-Mann

DER SPIEGEL

Vogel ein Empfehlungsschreiben für ein Treffen mit Israels Ministerpräsident David Ben-Gurion aus. Vogel sollte herausfinden, was Eichmann den Israelis über Globke gesagt hatte.

Ben-Gurion empfing den deutschen Emissär im Sharon Hotel im Urlaubsort Herzlia. Der kleingewachsene Regierungschef mit der Einstein-Frisur war ein Sozialdemokrat polnischer Herkunft – 1906 nach Palästina eingewandert –, und er teilte Adenauers Antikommunismus, denn die Sowjetunion unterstützte Israels Feinde Ägypten und Syrien.

Bezeichnenderweise hatten sich die meisten Ostblockstaaten geweigert, beim Eichmann-Prozess mit Zeugen oder Beweismaterial zu helfen.

Ben-Gurion ließ dem Besucher Tee und Plätzchen servieren und erklärte Vogel zufolge, man brauche über Globke nicht zu sprechen: „Wen Konrad Adenauer bei sich hat, so hat er ihn mehr geprüft, als wir das jemals könnten.“

Das ist bis heute die Version der Beteiligten. Es habe keine Absprachen mit Bonn gegeben, um Globke oder andere Beamte oder Politiker im Eichmann-Prozess zu schonen. Doch stimmte das?

Die Israelis befanden sich 1960/61 in einer Notlage. Die Armee benötigte dringend Waffen, und die schwächelnde Wirtschaft des jungen Staates war auf Kredithilfen angewiesen. Beides hatte Adenauer einige Wochen vor der Verhaftung Eichmanns dem israelischen Premier zugesagt.

Doch dann wurde der NS-Verbrecher verhaftet, und die Detailverhandlungen kamen nicht zum Abschluss.

Aus Dokumenten im israelischen Staatsarchiv in Jerusalem geht hervor, dass Adenauer dem israelischen Unterhändler ausrichten ließ, er könne ihn nicht empfangen, weil er in den Urlaub wolle; dann musste Wirtschaftsminister Ludwig Erhard dringend verreisen und war nicht zu sprechen.

Vor allem das Auswärtige Amt blockte. Sollte bekannt werden, dass Bonn Israel in bedeutendem Ausmaß unterstütze, befürchteten die Diplomaten, gerate „die Stellung der Bundesrepublik im nahen und mittleren Osten in Gefahr“.

Ausgerechnet Globke argumentierte gegenüber dem israelischen Unterhändler, Bonn werde das Urteil gegen Eichmann abwarten, ehe die erste Tranche des Kredits zur Verfügung gestellt werde. Sonst könne der „falsche Eindruck“ entstehen, es gebe eine Verbindung zwischen dem Prozess und der Bonner Hilfe.

Das Gespräch mit Globke fand am 2. Juni 1961 statt – gut 14 Monate nach Adenauers Zusage an Ben-Gurion und damit während des Eichmann-Prozesses.

Wollte Bonn abwarten, um mit den Kredithilfen ein wichtiges Druckmittel gegenüber den Israelis nicht vorzeitig aus der Hand zu geben? Oder fürchtete Ade-

nauer wirklich die Reaktion der Weltöffentlichkeit, falls bekannt würde, dass Bonn ausgerechnet während des Prozesses Kredite und Waffen zusagte?

Empört über das deutsche Spiel auf Zeit notierte ein hochrangiger israelischer Beamter: „Die Deutschen belügen und betrügen uns.“ Israels Außenministerin Golda Meir schrieb an den Rand des Dokuments: „Das stimmt.“ Intern berieten Israels Diplomaten, ob mit der „Wirkung des Eichmann-Prozesses Druck auf Westdeutschland“ ausgeübt werden solle.

Das wäre ein Leichtes gewesen. Die Historikerin Hanna Yablunka hat gezeigt, wie die legendäre Zionistin Golda Meir mehrfach aus politischen Gründen Einfluss auf den Eichmann-Prozess nahm. Besonders deutlich wurden im Gerichtssaal etwa die Verbindungen zwischen den Nazis und dem palästinensischen Großmufti von Jerusalem herausgestellt.

Meir hätte auch die Bundesrepublik an den Pranger stellen können. Viele Täter saßen noch in den Ministerien, der Verwaltung, in den Geheimdiensten, der Wirtschaft.

Aber Israel benötigte die Finanzhilfen, die U-Boote und Panzer, und Bonns Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, der über die Waffenlieferungen auch direkt mit Ben-Gurion verhandelt hatte, ließ keinen Zweifel daran, dass die Israelis das Ansehen Bonns schonen mussten, wenn sie die Waffen haben wollten: „Ich habe es gegenüber meinen Gesprächspartnern als selbstverständlich empfunden, dass nicht die Bundesrepublik, wenn sie sich für eine Sicherung Israels einsetzt ... dann im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess als kollektiv schuldig für die Verbrechen einer vergangenen Generation moralisch, politisch, publizistisch haftbar gemacht wird.“

Die Israelis hätten dafür „Verständnis und Entgegenkommen“ gezeigt, berichtete Strauß. Und so wurde die Frage, wie es die Nazis geschafft hatten, dass beträchtliche Teile der deutschen Gesellschaft am Holocaust mitgewirkt hatten, weitgehend ausgeblendet.

„Wir haben nur das in den Prozess eingeführt, was für Eichmann relevant war“, sagt Gabriel Bach, der letzte noch lebende Zeuge aus dem Ankläger-Team. Und das Thema Globke sei eben nicht relevant gewesen.

Bald häuften sich die Erfolgsmeldungen, die BND-Mann Vogel und die Beobachterdelegation nach Bonn übermittelten.



Verteidigungsminister Strauß 1959: Spiel auf Zeit



Angeklagter Eichmann 1961: Ausschweifende Briefe

5. Juni 1961: Die Richter seien „auffallend darum bemüht, bei der Zeugenvernehmung den Widerstand vor allem auch von deutscher Seite, so gering er auch gewesen ist, deutlich werden zu lassen“.

15. Juni 1961: In der Anklagerede von Generalstaatsanwalt Gideon Hausner sei „stets dort, wo dies möglich gewesen sei, das Wort ‚Germans‘ durch das Wort ‚Nazi‘ ersetzt“ worden.

29. Juni 1961: Bei den Staatsanwälten sei eine „absolut positive Haltung gegenüber Herrn Staatssekretär Dr. Globke“ anzutreffen.

14. Juli 1961: Das israelische Außenministerium habe zugesagt, den Fall des Diplomaten Karl Werkmeister „nicht mehr aufzurollen“. Am Rande des Prozesses

war bekannt geworden, dass der Bonner Botschafter in Stockholm einst üble antisemitische Lageberichte aus Ungarn verfasst hatte.

25. Juli 1961: Vogel meldete, er habe „soeben mit Generalstaatsanwalt Hausner, Oberstaatsanwalt Dr. Bach einzeln und gemeinsam über das Schlussplädoyer beraten“.

Ob dabei die israelische Haltung immer korrekt wiedergegeben wurde, ist allerdings nicht mit letzter Gewissheit zu klären. Der damalige Staatsanwalt Bach etwa bestreitet, jemals eine „positive Haltung“ zu Globke eingenommen zu haben. BND-Mann Vogel habe sich wohl nur wichtigmachen wollen.

Gesichert ist allerdings, dass Eichmanns Anwalt seinem Mandanten ein Buch über Globke gab und der Häftling dazu eine 40-seitige Ausarbeitung verfasste. Generalstaatsanwalt Hausner fragte bei Ben-Gurion an, ob politische Gründe gegen die Einführung dieser Notizen im Prozess sprechen würden. Antwort Ben-Gurions: „Die gibt es.“ Und natürlich wurde Globke nicht als Zeuge vorgeladen.

An der Verurteilung Eichmanns zum Tode hätten weder ein Auftritt des Kanzleramtschefs noch die Vorlage der Eichmann-Notate etwas geändert, denn die Schuld des einstigen SS-Obersturmbannführers stand außer Frage. Und bis heute ist kein belastbares Dokument aufgetaucht, das eine Verbindung zwischen Eichmann, Globke und dem Holocaust belegt.

Eichmann starb in der Nacht zum 1. Juni 1962 im Gefängnis von Ramla, einer Stadt 20 Kilometer südöstlich von Tel Aviv. Das Exekutionsteam legte ihm ein Seil um den Hals. Ob er noch ein letztes Wort sprechen wolle?

Eichmann ließ Deutschland, Österreich und Argentinien hochleben, grüßte Frau und Familie und schloss mit dem Satz „Ich bin bereit“. Die beiden Henker drückten jeder einen Knopf, von denen einer die Falltür öffnete. Eichmann stürzte drei Meter in die Tiefe.

Eine Woche später empfing Adenauer den stellvertretenden Verteidigungsminister und heutigen Präsidenten Israels, Schimon Peres. Der Kanzler bat den Besucher, er möge Ben-Gurion seine Hochachtung dafür übermitteln, „wie der Eichmann-Prozess geführt und zu Ende gebracht“ worden sei: „Das war ausgezeichnet. Das werde ich nie vergessen.“

Im August 1962 genehmigte Adenauer Rüstungshilfen für 240 Millionen Mark.

ENDE